

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 219038/39
Telex: 0886846 ppbn d

Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB,
Obmann der Arbeitsgruppe
Abrüstung und Rüstungskon-
trolle der SPD-Bundestags-
fraktion, zum Hiroshima-
Tag: Den 6. August zum Tag
der nuklearen Abrüstung
machen. Seite 1

Dr. Hermann Granzow,
Staatssekretär im Bundes-
ministerium für Bildung
und Wissenschaft, fordert
arbeitsplatzsuchende Ju-
gendliche auf: Alle Bil-
dungsmöglichkeiten nutzen.
Seite 3

Dr. Liesel Hartenstein MdB,
Vorsitzende der Arbeits-
gruppe für Umweltfragen
der SPD-Bundestagsfraktion,
zum Umgang mit Pestiziden:
"Global 2000" darf nicht
Wirklichkeit werden.
Seite 5

Rudolf Dreßler, Parlamen-
tarischer Staatssekretär
beim Bundesminister für Ar-
beit und Sozialordnung,
würdigt die Erwerbstätig-
keit der Frauen: Unverzicht-
bar für die Volkswirt-
schaft. Seite 7

37. Jahrgang / 147

5. August 1982

Die Mahnung von Hiroshima

Den 6. August zum Tag der nuklearen Abrüstung machen

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle
der SPD-Bundestagsfraktion

Morgen sind es 37 Jahre her, seit am 6. August 1945 die
Atombombe über Hiroshima gezündet wurde und ein Inferno
anrichtete; am 9. August 1945 folgte dann der Atomschlag
auf Nagasaki. Zum 36. mal wird in der Welt an diesen Tag
erinnert und gegen atomare Rüstung aufgerufen werden.

Dennoch gibt es heute ein atomares Waffenpotential in der
Welt, das 1,6 Millionen mal so viel Sprengkraft hat wie
die Bombe von Hiroshima.

Was unterscheidet also die morgige Erinnerung an Hiroshima
von denen früherer Jahre? Der 6. August 1982 findet in
einer Zeit statt, in der weltweit die Öffentlichkeit viel-
leicht noch nie so hellwach gegenüber den Gefahren der
Atomrüstung war. Gab es seit 1945 immer mal wieder Proteste
und Formationen gegen Atomwaffen in einzelnen Ländern, so
beginnt sich jetzt endlich fast gleichzeitig die Weltöf-
fentlichkeit gegen Atomwaffen aufzulehnen:

- zunehmend mehr Bürger in den demokratischen Ländern, die
aktiv werden gegen eine mögliche atomare Selbstzerstörung
der Menschheit;



- die christlichen Kirchen in aller Welt und darüber hinaus auch fast alle anderen großen religiösen Glaubensgemeinschaften;
- die Regierungen der nichtnuklearen Staaten, die sich nicht länger von Absichtserklärungen der Kernwaffenstaaten hinhalten lassen, daß eine nukleare Rüstungskontrolle angestrebt sei.

Der morgige 6. August fällt also in eine Zeit, die als politische Gelegenheit ergriffen werden muß, jetzt tatsächliche Fortschritte in der nuklearen Abrüstung einzufordern. Vielleicht war die Gelegenheit dafür noch nie so günstig, weil die akuten Gefahren noch nie so vielen deutlich im Bewußtsein waren und zunehmend mehr Menschen unruhig und ungeduldig werden.

Um gerade am 6. August der kommenden Jahre den weltweiten Entscheidungsdruck zu verstärken, sollten die politischen Akteure und Organisationen, die sich einig sind in der aktuellen Notwendigkeit nuklearer Abrüstung, künftig diesen Tag zum Tag der nuklearen Abrüstung machen und zu besonderen Manifestationen für nukleare Abrüstung nutzen. Der 6. August ist ein geschichtlich unübersehbarer Anlaß, alles zu tun, damit gleiches wie in Hiroshima niemals auch nur ein drittes Mal geschieht.

Gerade für den morgigen Tag kann nicht oft genug wiederholt werden, was der Bürgermeister von Hiroshima, Takeshi Araki, vor wenigen Wochen vor den Vereinten Nationen in New York gefordert hat: Eine Gipfelkonferenz zur nuklearen Abrüstung in Hiroshima durchzuführen, als deutlichem Signal für einen ernsthaften praktischen nuklearen Abrüstungswillen.

(-/5.8.1982/ks/rs)

+ + +



Alle Bildungsmöglichkeiten nutzen

Zusätzliche Ausbildungsplätze in beruflichen Schulen geschaffen

Von Dr. Hermann Granzow

Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit über die bei den Arbeitsämtern gemeldeten ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen und die dort angebotenen Ausbildungsplätze signalisieren, daß die bisherigen Maßnahmen zur Steigerung des Ausbildungsangebotes noch bei weitem nicht genügen. Die Arbeitgeber müssen verstärkte Anstrengungen unternehmen und ihre "stillen" Reserven schleunigst mobilisieren, wenn die ihrer vom Bundesverfassungsgericht bestätigten Pflicht, für ein ausreichendes Ausbildungsangebot zu sorgen, nachkommen wollen. Doch ist heute schon abzusehen: Die Gesamtnachfrage der Jugendlichen in diesem Jahr ist nur zu befriedigen, wenn neben dieser dringend benötigten Angebotsausweitung in der betrieblichen Berufsausbildung zusätzliche schulische Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen und voll genutzt werden. Die Aufgabe einer verantwortlichen, zumal einer sozialdemokratischen Bildungspolitik lautet, jeden Jugendlichen, der einen Ausbildungsplatz benötigt, mit einer qualifizierten Ausbildung, die zu einem anerkannten Ausbildungsabschluß führt, in das Berufsleben zu entlassen.

Die Forderung, verstärkt vollqualifizierende schulische Ausbildungsangebote bereitzustellen, ergibt sich als "Gebot der Stunde" bei der derzeitigen Überlastung des Ausbildungssystems. Hier haben sonst unversorgte Jugendliche die Chance, eine abgeschlossene Ausbildung zu erhalten und müssen nicht erneut nach Durchlaufen einer schulischen Teilausbildung mit der Ausbildungsplatzsuche beginnen. Es handelt sich um Maßnahmen, die angesichts der drohenden Ausbildungsnot von niemandem ernsthaft mit dem Gedanken einer Verdrängung dualer Ausbildung in Zusammenhang gebracht werden können und sollten. Die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie dem Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen veröffentlichten Ermittlungen über Möglichkeiten verstärkter und zusätzlicher Nutzung von Berufsschulkapazitäten verdienen unsere Beachtung. Ordnungspolitische "Scheuklappen" sind nicht angebracht.



Das vorhandene Berufsbildungsrecht ist einem im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft erstellten Gutachten zufolge flexibel genug, daß es auf diese Anforderungen im Ausbildungsbereich reagieren kann. Konkret: Wer in einer Berufsfachschule ausgebildet wurde, kann durch eine Abschlußprüfung vor der zuständigen Stelle (zum Beispiel Kammer) einen Ausbildungsabschluß nach dem Berufsbildungsgesetz ("Facharbeiterbrief") erwerben. Wenn die schulische Ausbildung der Berufsausbildung in einem nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung anerkannten Ausbildungsberuf entspricht, muß der Schulabsolvent zu dieser Prüfung zugelassen werden. Nachdem in der Vergangenheit insbesondere im schulischen Raum Fragen aufgetaucht sind, ob und wie die Jugendlichen, die ihre Berufsausbildung in einer Vollzeitschule absolvieren, eine im Arbeitsleben anerkannte berufliche Qualifikation erwerben können, besteht nun Klarheit. Um zur Kammerprüfung zugelassen zu werden, muß die vermittelte schulische Ausbildung lediglich in ihrem Ergebnis, das heißt der Summe der erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten - und nicht in allen Einzelheiten - mit der Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz übereinstimmen. Die Schule kann auch ihre eigenen Ausbildungsbedingungen und Lernverfahren einsetzen, da Berufserfahrungen, wie sie üblicherweise betrieblich gewonnen werden, hier nicht vorgeschrieben sind.

Schulen, die aus organisatorischen und finanziellen Gründen frühzeitig und grundsätzlich wissen möchten, ob die von ihnen durchgeführte Ausbildung den Anforderungen entspricht, können der zuständigen Kammer ihr Ausbildungsprogramm offenlegen und sich die grundsätzliche "Eignung" bestätigen lassen. Im Konfliktfall entscheidet abschließend ein Prüfungsausschuß, dem Beauftragte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl und mindestens ein Lehrer einer beruflichen Schule angehören. Der Berufsbildungsausschuß der Kammer, dem je sechs beauftragte Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sowie - mit beratender Stimme - sechs Lehrer beruflicher Schulen angehören, kann aber auch allgemein gültige Prüfungsordnungen mit den gewünschten örtlichen Regelungen für eine Zulassung zur Kammerprüfung beschließen.

Es kommt jetzt darauf an, daß die Länder - wo nötig - schulische Angebote bereitstellen und die Kammern bei den aufgezeigten Lösungsmöglichkeiten konstruktiv mitwirken.

(-/5.8.1982/ks/rs)

+ + +



"Global 2000" darf nicht Wirklichkeit werden

Zu den verdrängten Forderungen der UN-Umwelt-Experten

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Bei der UN-Umweltkonferenz in Nairobi hat Bundesinnenminister Baum einen wichtigen Schritt getan, indem er einen international verbindlichen "Code of conduct" für Export, Handel und Anwendung von Pestiziden forderte.

Sein Vorschlag wurde auch in die Schlußdeklaration der UNEP-Sondersitzung aufgenommen. Nur: der zweite Schritt erfolgte nicht. Die mit Regierungsvertretern besetzten Arbeitsgruppen der nachfolgenden Verwaltungsratssitzung kamen zu keinerlei konkreten Empfehlungen, sondern schoben das Thema einer Kommission zu, die in zwei Jahren wieder berichten soll.

Dies ist unbefriedigend und umso befremdlicher, als bereits ein fertig ausgearbeitetes "Verzeichnis umweltgefährlicher Substanzen und Prozesse" vorlag, das ein Expertenteam im Auftrag des Direktors von UNEP im Januar in Genf ausgearbeitet hatte. Es enthält für insgesamt elf chemische Substanzen und Prozesse jeweils eine Darstellung der weltweiten Auswirkungen, der damit verbundenen Gefahren für Menschen und Umwelt sowie Handlungsempfehlungen.

Dafür drei Beispiele:

1. Im Abschnitt über den Einsatz von Pestiziden heißt es, daß dabei zwei Hauptkategorien unerwünschter Wirkungen auftraten, nämlich
 - a/ die Bildung von Resistenz bei den zu bekämpfenden Schädlingen und
 - b/ die Auswirkungen auf andere Spezies und Ökosysteme, die nicht bekämpft werden sollen. Sprich: die Mitvernichtung von Nützlingen und die nachhaltige Störung des Naturhaushaltes.

1965, so der Bericht, habe es 182 resistente Arten gegeben, heute seien es mindestens 428, vor allem Insekten. Zu diesen resistenten Arten gehört auch die Anophelesmücke, die das Malariafieber überträgt. Sie wird durch Einsatz von DDT bekämpft. Nach anfänglichen Erfolgen ist die Malaria heute wegen zunehmender Resistenz des Überträgers wieder deutlich im Steigen, besonders in Indien.

"Der Nutzen weitverbreiteter und unkontrollierter Verwendung von Pestiziden in der Landwirtschaft kann von kurzer Dauer sein. Daher wird auf die Entwicklung integrierter Systeme zur Schädlingsbekämpfung, die helfen, die Probleme infolge Resistenz zu verringern, nunmehr zunehmend Wert gelegt. Integrierte Bekämpfung von Schädlingen, obwohl zu Beginn aufwendiger, ist eine ökologische Vorgehensweise, die danach strebt, jedes Element, das von Wert sein kann, ins Spiel zu bringen."

Punkt 1 der Empfehlungen enthält folgerichtig auch die Aufforderung zur Einführung eines integrierten Schädlingsbekämpfungskonzeptes und zur Verstärkung der Anstrengungen des FAO und der WHO (Ernährungs- und Gesundheitsorganisationen der Vereinten Nationen).

2. Im Kapitel über Blei wird ausgeführt, daß die geschätzten natürlichen Emissionen sich auf 25.000 Jahrestonnen belaufen, die industriellen Emissionen jedoch 450.000 Jahrestonnen betragen, also um das 18fache höher sind. Der Hauptteil stammt aus der Verbrennung von bleihaltigen Kraftstoffen.



Blei speichert sich im Skelett und in den Zähnen. Es kann Störungen des Nervensystems sowie der Nierenfunktionen auslösen, ebenso eine Beeinträchtigung der Blutsynthese. Eine der schlimmsten giftigen Wirkungen ist die Anämie.

Empfehlung Nr. 1: "Wegen der schädlichen Wirkungen von Blei auf die geistige Gesundheit von Stadtkindern wird dringend empfohlen, Alkyblei-Kraftstoffzusätze nach und nach abzuschaffen."

- 3/ Die Fluorchlorkohlenwasserstoffe, die in den berüchtigten Aerosolsprays, als Kühlmittel und als Treibmittel für Schaummassen eingesetzt werden. (Weltproduktion 1980: 695.000 Tonnen!). Trotz verringerter Verwendung in mehreren Ländern, darunter in den USA, Kanada, Norwegen, Schweden, steigt die Konzentration in der Atmosphäre weiterhin an. Der Transport der FCKW vom Erdboden in die Stratosphäre kann Jahrzehnte dauern. Schon eine einprozentige Abschwächung der Ozonschicht führt in Bodennähe zu einer Zunahme der gefährlichen UV-Strahlung von 1,6 bis drei Prozent. Die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit reichen von akuten Einflüssen auf Augen und Haut bis zum erhöhten Auftreten von Hautkrebs.

Die dringendsten Empfehlungen lauten:

- Jede Verwendung von FCKW mit anschließender Abgabe an die Atmosphäre streng zu überwachen;
- nach Alternativen zu suchen;
- die Verwendung von FCKW als Kühlmittel auf große Anlagen zu beschränken und diese so anzulegen, daß die Mittel aufgefangen und wiederverwendet werden können;
- baldmöglichst ein "Internationales Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht" zu erreichen.

Die Genfer Experten haben sich nach eigener Aussage auf die allerdringlichsten Fälle beschränkt, das heißt auf jene chemischen Substanzen und Prozesse, deren Gefährlichkeit als erwiesen gilt. Dazu gehören neben Blei und Fluorchlorkohlenwasserstoffen auch Cadmium, Quecksilber, Kohlendioxyd, Stickoxyde und Schwefeldioxyd. In allen elf genannten Fällen ist ihrer Meinung nach eine Einschränkung der Verwendung bis hin zum Verbot unumgänglich, wenn nicht irreparable Schäden entstehen sollen.

Die Sachdarstellung ist klar und begründet, die Handlungsempfehlungen sind in den meisten Fällen so angelegt, daß konkrete Ansatzpunkte genannt werden, die Realisierung aber in Stufen vorgeschlagen wird.

Warum, so muß man fragen, war der Verwaltungsrat der UNEP nicht in der Lage, daraus wenigstens für diese gefährlichsten Stoffe ein Programm zu entwickeln, das die Vereinten Nationen ihren Mitgliedsstaaten hätten übermitteln können?

Angesichts der drohenden Gefahren ist ein weiteres Zuwarten von zwei Jahren nicht mehr zu verantworten. Auch die Vertreter der Bundesrepublik ließen sich nach ihrem mutigen Anlauf offenbar wieder in schiere Passivität zurückdrängen. Gefordert werden muß deshalb, daß auf nationaler und auf EG-Ebene unverzüglich eine Initiative gestartet wird, die das Ziel hat, uns in den genannten wie auch in anderen Bereichen einen Schritt vom Abgrund wegzubringen.

Es sind nur noch 18 Jahre bis zur Jahrtausendwende. "Global 2000" darf aber nicht Wirklichkeit werden. (-/5.8.1982/ks/rs)

+ + +



Volkswirtschaft kann auf Frauen nicht verzichten

Die Erwerbstätigkeit von Frauen und ihre Entwicklung seit 1970

Von Rudolf Dreßler MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen hat 1980 erstmals die Zehn-Millionengrenze überschritten und sich auch 1981 noch um 80.000 erhöht. 37 von Hundert aller Erwerbstätigen sind Frauen. Damit sind die Frauen in unserer Volkswirtschaft ein unübersehbarer und unverzichtbarer Faktor. Sie tragen durch ihre Erwerbsarbeit in wesentlichem Umfang zum Bruttosozialprodukt, zum Steueraufkommen und durch ihre Beiträge zum Sozialversicherungssystem bei. Zugleich sichern viele Frauen dadurch ihren eigenen Lebensunterhalt wie den ihrer Familien und bauen ihre eigene Altersversicherung auf.

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen hat zwischen 1970 und 1980 insgesamt um etwa 600.000 zugenommen, während im gleichen Zeitraum die Zahl der erwerbstätigen Männer um 32.000 zurückging. Dabei haben sich die Strukturen der Frauenerwerbsarbeit noch erheblich mehr verändert. Einer Abnahme der mithelfenden Familienangehörigen um 523.000 und der Selbständigen um 70.000 steht in diesem Zeitraum eine Zunahme der Beamtinnen um 130.000 (+ 60 von Hundert) und vor allem der Angestellten um 865.000 (+ 23 von Hundert) gegenüber; die Zahl der Arbeiterinnen ging um 334.000 (- zehn von Hundert) zurück.

Die starke Zunahme im Angestelltenbereich zeigt sich auch in den letzten Jahren in der Zunahme der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen. Allein zwischen 1978 und 1981 erhöhte sich ihre Zahl von 7,6 Millionen auf 8,1 Millionen (+ 500.000) 40 von Hundert der Zunahme (+ 200.000) entfiel auf Teilzeitbeschäftigte; rund 1,6 Millionen Frauen sind sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigt. Hinzu kommen noch etwa 1,2 Millionen geringfügig beschäftigte Frauen.

Die Mehrzahl der erwerbstätigen Frauen (60 von Hundert) sind verheiratet. Die Zahl der weiblichen verheirateten Erwerbspersonen hat zwischen 1970 und 1980 besonders zugenommen; sie stieg von 5,4 Millionen auf 6,2 Millionen. 4,4 Millionen erwerbstätige Frauen haben insgesamt 7,7 Millionen Kinder zu versorgen, davon 735.000 Frauen drei



und mehr Kinder. Diese Zahlen verdeutlichen, daß Frauen immer stärker Familienaufgaben mit Erwerbsarbeit zu verbinden suchen und daß auf die Mitarbeit der Männer und Väter in der Familie ebenso wenig verzichtet werden kann wie auf gesellschaftliche Hilfen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie zum Beispiel den Mutterschaftsurlaub.

Vor dem Hintergrund wachsender Interessen der Frauen an der Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses muß auch die stark angestiegene Arbeitslosigkeit der Frauen gesehen werden. Schon 1970 war bei geringer Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenquote der Frauen mit 0,8 von Hundert (56.000) höher als die der Männer (0,7 von Hundert). 1981 betrug die Arbeitslosenquote der Frauen 6,9 von Hundert gegenüber 4,5 von Hundert bei den Männern. Frauen sind von Arbeitslosigkeit absolut und relativ stärker betroffen. 1978 bis 1980 war die Zahl der arbeitslosen Frauen im Jahresmittel höher als die Zahl der arbeitslosen Männer. Ihr Anteil an den Arbeitslosen lag in den vergangenen Jahren erheblich über ihrem Anteil an den Erwerbstätigen (37 von Hundert). Auch im Jahresdurchschnitt 1981 betrug der Anteil an den Arbeitslosen immer noch 48,7 von Hundert, obwohl die Männerarbeitslosigkeit infolge der konjunkturellen Verschlechterung stärker zugenommen hatte. Ein besonderes Problem stellt die hohe Zahl der Teilzeitarbeitslosen dar; ungefähr ein Drittel der arbeitslosen Frauen sucht - überwiegend aus familiären Gründen - eine Teilzeitbeschäftigung.

Die volle und dauerhafte Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt stellt die Arbeitsmarktpolitik in der augenblicklichen Konjunkturlage vor schwierige Aufgaben. Dem steigenden Qualifikationsniveau vor allem der jüngeren Frauen muß ein breiteres Angebot an Arbeitsplätzen in allen Wirtschaftsbereichen gegenüberstehen. Die mittel- und längerfristige Perspektive sollte die Frauen aber ermutigen, sich trotz der augenblicklichen Schwierigkeiten um qualifizierte Aus- und Weiterbildung zu bemühen, denn unsere Volkswirtschaft wird auf den Beitrag der Frauen nicht verzichten können.

(-/5.8.1982/ks/rs)

+ + +

